

40. Referent Gem.-Rat Dr. Haas: Zahl 11436, Post 25 betrifft das Darlehen der Gemeinde Wien an den Wiener Krankenanstaltenfond.

Der Wiener Krankenanstaltenfond ist schwer notleidend. Was schuld daran ist, soll nicht erörtert werden. Die Anstalten müßten aber geschlossen werden, wenn ihnen nicht in irgendeiner Weise beigeprungen wird, oder es käme der Gemeinde Wien zu, diese ungeheure Last selbst zu übernehmen. In der Sitzung der Landesregierung ist die Vereinbarung getroffen worden, daß den notleidenden Krankenanstalten mit einem Darlehen von 10 Millionen Kronen zu Hilfe gekommen werde. Dieser Betrag wird als unverzinsliches Darlehen gedacht.

Es wurde bestimmt, daß der Staat ein Drittel, ein Drittel das Land Niederösterreich und ein Drittel die Gemeinde Wien

tragen soll. Im Sinne dieser Vereinbarung leistet die Gemeinde Wien $3\frac{1}{3}$ Millionen Kronen für den Krankenanstaltenfond als unverzinsliches Darlehen auf die Dauer eines Jahres für den Fall, daß die beiden obengenannten Korporationen allenfalls je ein Drittel dieser 10 Millionen beitragen.

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Zum Worte gelangt Herr Medizinalrat Dr. Loewenstein.

Gem.-Rat Dr. Loewenstein: Meine sehr geehrten Herren! Die Zustände des Wiener Krankenanstaltenfonds sind desolater, sie beschäftigen die Öffentlichkeit seit längerer Zeit und erst im April des Jahres 1917 haben wir darüber hier eingehend gesprochen. Die Verhältnisse stehen heute so, daß, wenn nicht eine entsprechende hinreichende Unterstützung dem Wiener Krankenanstaltenfonds zuteil wird, die Weiterführung der Krankenanstalten in Frage gestellt ist. Die jetzige Lösung, die als ein Provisorium gilt, kann selbstverständlich infolge der geänderten politischen Verhältnisse nicht als ausreichend befunden werden, und zwar schon aus dem Grunde nicht, weil die Schuldenlast des Wiener Krankenanstaltenfonds heute 66 Millionen Kronen beträgt, der nur 72 Millionen Kronen als Aktivum in Realitäten gegenüberstehen. Nachdem für die Betriebsführung unbedingt ein ausreichender Fonds notwendig ist, ist es selbstverständlich, daß diese Angelegenheit geregelt werden muß, ehe wir an eine Organisation des Sanitätswesens in Niederösterreich schreiten können. Es ist selbstverständlich, daß diese 66 Millionen aufgebracht werden müssen vom Staate, vom Lande und von der Gemeinde Wien. Wie sich die Verhältnisse dann weiter gestalten werden, muß erst abgewartet werden. Derzeit finden Verhandlungen statt, daß der Wiener Krankenanstaltenfonds so saniert werde, damit in Zukunft keine Möglichkeit besteht, daß die Betriebsführung beeinträchtigt werden könnte. Aber ich möchte bei dieser Gelegenheit noch auf etwas aufmerksam machen. So wie die Verhältnisse beim Wiener Krankenanstaltenfonds liegen, so liegen sie auch bei den Kinder Spitälern. Es ist kein Zweifel, daß die Subventionen und namentlich die Subventionen aus Privatkreisen in Zukunft zum guten Teile ausbleiben werden und es steht zu befürchten, daß, wenn nicht Hilfe gebracht wird, schon in der nächsten Zeit sämtliche Wiener Kinder Spitälern ihren Betrieb werden sperren müssen. Nachdem ein großer Mangel an Spitalbetten für Kinder an und für sich besteht, wäre das für Wien eine Katastrophe.

Da ich nun schon einmal beim Worte bin, so möchte ich kurz noch auf eine Angelegenheit zurückkommen, die allerdings nicht mit der Sanierung des Wiener Krankenanstaltenfonds in Verbindung steht. Der Herr Bürgermeister hat heute eine Zuschrift mitgeteilt, die der „Oesterreichische Verein vom Roten Kreuze“ an ihn gerichtet hat und worin um Untersuchung bezüglich der in meiner in der letzten Sitzung des Gemeinderates überreichten Interpellation vorgebrachten Uebelstände ersucht wird. Ich erkläre, daß ich die in dieser Interpellation aufgestellten Behauptungen voll und ganz aufrecht halte und ich freue mich, daß diesbezüglich eine amtliche Untersuchung eingeleitet werden soll. Denn dadurch wird mir die Möglichkeit geboten werden, das Publikum über die seit Jahren beim „Oesterreichischen Verein vom Roten Kreuze“ bestehenden, nicht richtigen Vorgänge aufzuklären. Das Publikum war bisher der Meinung, daß alle Krankenanstalten, die von der „Oesterreichischen Gesellschaft vom

Roten Kreuze“ verwaltet werden, auch von dieser Gesellschaft erhalten und daß die Ärzte und Sanitätszüge von der Gesellschaft bezahlt werden. Das ist aber nicht wahr. Die Heeresverwaltung hat dem „Oesterreichischen Verein vom Roten Kreuze“ eine halbe Milliarde zur Verfügung gestellt. Um nun den in der Öffentlichkeit verbreiteten irrigen Glauben richtigzustellen und das Publikum über das wahre Wesen der „Oesterreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuze“ aufzuklären, habe ich es für notwendig erachtet, diese Angelegenheit hier zur Sprache zu bringen.

Der „Oesterreichische Verein vom Roten Kreuze“, beziehungsweise seine Bundesleitung hat hauptsächlich Reklame betrieben und Auszeichnungen angestrebt, im Dienste der öffentlichen Sanität im Kriege aber blutwenig geleistet. Das „Rote Kreuz“ hat seine Aufgabe nicht erfüllt und darüber soll und muß die Öffentlichkeit aufgeklärt werden. Das Publikum war überzeugt, daß das „Rote Kreuz“ ein großer Segen war. In Wirklichkeit aber war das „Rote Kreuz“ eine ganz unnötige Institution und es ist Zeit, daß diese Unternehmung liquidiert. Und noch eines: Ist es nicht lächerlich, daß der Präsident der „Oesterreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuze“, also einer Gesellschaft, deren Tätigkeit sich statutengemäß über das ganze Gebiet der gewesenen „österreichischen Reichshälfte“ zu erstrecken hatte, daß der Präsident einer solchen Gesellschaft sich nur dem deutsch-österreichischen Staatsrate unterstellt? Dann müßte ja auch beispielsweise der Präsident des Reichsvereines der Postbediensteten dasselbe tun!

Ich bitte also, zur Kenntnis nehmen zu wollen, daß ich die von mir vorgebrachten Behauptungen voll aufrecht halte. Im übrigen warte ich das Ergebnis der Untersuchung ab. (Lebhafte Zustimmung.)

Bürgermeister: Das Wort hat Herr Gem.-Rat Dr. Klobberg.

Gem.-Rat Dr. Klobberg: Es handelt sich hier um ein Darlehen, das aus dem einfachen Grunde gegeben werden soll, weil der Krankenanstaltenfond passiv ist. Aber so wie dieser Fond passiv ist, sind auch alle übrigen Spitälern und insbesondere die Kinder Spitälern passiv. Ich habe die Ehre, von Seiner Exzellenz dem Herrn Bürgermeister in das Kuratorium des Karoline Riedl'schen Kinder Spitalen entsendeter Delegierter zu sein und da erkläre ich Ihnen folgendes: Wenn das Kinder Spital nicht sehr bald eine Subvention oder ein Darlehen erhält, so muß es binnen 14 Tagen seine Räume schließen und kann kranke Kinder nicht mehr aufnehmen. Ich bitte also, bei einer der nächsten Sitzungen auch auf die Kinder Spitälern Rücksicht zu nehmen, denn es sind auch alle übrigen Kinder Spitälern passiv und müssen ebenso berücksichtigt werden wie der Krankenanstaltenfonds. Ich möchte Ihnen diese Bitte wärmstens ans Herz legen, denn sie liegt im Interesse unserer Kinder, die derzeit in weit höherem Grade Krankheiten ausgesetzt sind, weil sie unterernährt sind. Ich bitte deshalb, meine Bitte zu berücksichtigen.

Bürgermeister: Die Debatte ist geschlossen, der Herr Referent hat das Schlußwort.

Referent Gem.-Rat Dr. Haas: Ich möchte zu den Ausführungen des Herrn Medizinalrates Dr. Loewenstein bemerken, daß über die Sanierung der Krankenanstalten in Verbindung mit einer Vermehrung der Krankenanstalten demnächst eine Vorlage an den Gemeinderat unterbreitet werden wird. Was die Notlage der Kinder Spitälern anlangt, so ist sie mir voll